A19-Ä5 Zeitenwende endlich auch finanzpolitisch umsetzen: Schuldenbremse reformieren, Investitionen vorantreiben

Antragsteller*in: Lukas Unger (KV Pinneberg)

Änderungsantrag zu A19

Nach Zeile 94 einfügen:
Besonders bemerkbar sind diese fehlenden Investitionen für die jungen Generationen. Die Schuldenbremse wird stetig mit dem Wort „Generationengerechtigkeit“ assoziiert. Dabei zeigen die angeführten mangelnden Investitionen schon jetzt, dass die Schuldenquote nicht der einzige Messwert für Generationengerechtigkeit sein kann. Nicht nur führen die Sparkurse der letzten Jahrzehnte zu immer höheren Infrastrukturschulden für die kommenden Generationen, auch jetzt entstehen bereits Ungerechtigkeiten, unter der die jungen Generationen zu leiden haben. Unterricht im Lernumfeld teils maroder Schulen, bei welchen die Bauart vielerorts nicht mehr den Bedarfen eines modernen Unterrichts entspricht und die Vorbereitung auf unsere digitale Welt bleibt auf Grund mangelnder Digitalisierung auf der Strecke. Infrastrukturmängel im ÖPNV beeinflussen die Mobilität der jungen Generationen, denn diese sind auf gut funktionierende öffentliche Verkehre angewiesen, um eigenständig mobil zu sein. Auch fehlende Investitionen in die Transformation der Wirtschaft wirken sich am stärksten auf die jungen und kommenden Generationen aus, denn diese sichern nicht nur unser Klima und damit unsere Lebensgrundlage, sondern auch unseren Wohlstand. Nur durch Transformation und Anpassung kann die deutsche Wirtschaft von morgen stark und wettbewerbsfähig sein und damit auch ein sicherer und guter Arbeitgeber. Es zeigt: Die Generationengerechtigkeit darf nicht nur theoretisch an der Fiskalpolitik gemessen werden, sondern muss auch praktisch an der Lebensrealität der kommenden Generationen orientiert sein.

Begründung

Der Begriff „Generationengerechtigkeit“ wird häufig von liberalen Kräften vereinnahmt, die diesen einzig mit Staatsschulden in Verbindung bringen. Diese Auffassung ist wissenschaftlich immer mehr umstritten.

Erstens kumulieren sich mit der Zeit Infrastrukturschulden, die heute nicht geleistet werden. Dies führt zu immer geringeren Handlungsspielräumen, um dem Trend und den auftretenden Infrastrukturmängeln wirkungsvoll und angemessen entgegenzutreten.

Zweitens führen die angeführten Beispiele bereits jetzt zu erheblichen Nachteilen für die jungen Generationen. Das Potenzial der Bildung sinkt, bereits beginnend im frühkindlichen Alter und sich durchziehend über die Schulzeit hin in Ausbildung oder Studium. Nicht nur betrifft dies grundsätzlich alle Schüler:innen und schwächt die Bildungschancen gesamter Generationen, gleichzeitig führen bspw. mangelnde räumliche Kapazitäten zu größeren Bildungsungleichheiten.

Etliche weitere Beispiele lassen sich finden, in denen die jungen Generationen bereits jetzt unter den aktuellen Infrastrukturumständen die größten Leidtragenden sind. Gerade im Bereich der Wirtschaftstransformation können sich diese Entwicklungen in verstärkter Form erst in einigen Jahren aufzeigen – zu einem Zeitpunkt, an welchem Investitionen nur noch bedingt gegensteuern können. Dasselbe gilt besonders für konkrete und eminent wichtige Investitionen in Klimaschutz und Klimaanpassung, denn wenn wir jetzt nicht investieren, läuft uns auf kurz oder lang die Zeit für eine wirksame Bekämpfung des Klimawandels davon. Auch hier werden jeweils die jungen und kommenden Generationen die größten Leitragenden, gleichzeitig entwickeln sich durch diese Situationen unweigerlich auch gesamtgesellschaftliche Probleme.

Es gilt also, „Generationengerechtigkeit“ gesamtheitlich zu betrachten. Dies muss auch aktiv in dieser Form kommuniziert werden. Es ist also wichtig, dass wir dieses relevante Schlagwort im Sinne liberaler Politik nicht so stehen lassen, sondern verdeutlichen und wirksam aufzeigen, dass tatsächliche Generationengerechtigkeit nicht durch reine Schuldenvermeidung betrieben wird, sondern vollumfänglich, nachhaltig und im unmittelbaren Bezug auf Lebensrealitäten gedacht werden muss.

Quellen

Krebs, T., Scheffel, M. Öffentliche Investitionen als Garant der Generationengerechtigkeit. Wirtschaftsdienst 97, 40–44 (2017). https://gruenlink.de/2rxm

Fuest, C., Gründler, K., Potrafke, N. et al. Schuldenbremse — Investitionshemmnis oder Vorbild für Europa?. Wirtschaftsdienst 99, 307–329 (2019). https://gruenlink.de/2rxn

Unterstützer*innen

Florian Juhl (KV Pinneberg); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg); Katrin Stange (KV Pinneberg); Mouska Malek (KV Pinneberg)